



# Antrag auf Gewährung einer Zuwendung (für nicht kommunale Antragsteller)

## 1. Antragsteller

Maßnahmeträger	
Anschrift	

### Bankverbindung

IBAN	
BIC	
Name des Geldinstituts	

### Verantwortlicher Vertreter

Name, Vorname	
Funktion	
Telefon	
E-Mail	

## 2. Maßnahme

### Bezeichnung des Vorhabens, kurze Beschreibung

--

## 3. Ausgaben

Gesamtausgaben (gemäß beigefügter Aufstellung)	
Voraussichtliche zuwendungsfähige Ausgaben	

## 4. Finanzierung

Eigenmittel	
Beim StMGP beantragte Zuwendung	

## Zuwendungen Dritter (Zuwendungsgeber)

Zuwendungsgeber	Betrag in Euro

Projekteinnahmen	
Sonstige Einnahmen	

## 5. Erklärungen

### 5 a) Erklärung zum Beginn des Vorhabens

Der/die Antragsteller/in erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheids bzw. vor der etwaigen Einwilligung in den vorzeitigen Vorhabenbeginn in Angriff genommen wird.

### 5 b) Erklärung zum Vorsteuerabzug

Der/die Antragsteller/in erklärt, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug

<input type="checkbox"/>	berechtigt ist.
<input type="checkbox"/>	nicht berechtigt ist.

### 5 c) Erklärung zu den Angaben für die Gewährung der Zuwendung

Dem/der Antragsteller/in ist bekannt, dass die Angaben

- über den Antragsteller;
- über den Subventionszweck und zum Vorhaben;
- zu Kosten und Finanzierung des Projekts;
- zur Verwendung der Zuwendung (im zu erstellenden Verwendungsnachweis)
- (sofern zutreffend) zur Art und Weise der Verwendung der aus der Zuwendung beschafften Gegenstände,
- zum Beginn des Vorhabens,
- in den vorzulegenden Mittelabrufen (insbesondere zur Verwendung der Zuwendung);
- (sofern zutreffend) in den vorzulegenden Mitteilungen oder Sachberichten über den Projektstand

für die Gewährung der Zuwendung von Bedeutung und somit subventionserheblich im Sinne von § 264 Strafgesetzbuch sind.

### 5 d) Erklärung zum Subventionsgesetzes

Der/die Antragssteller/in ist auf die Bestimmungen des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl I 1976, 2034, 2037) in Verbindung mit Artikel 1 des Bayerischen Strafrechtsausführungsgesetzes vom 13.12.2016 (GVBl. S. 345) hingewiesen worden. Der/die Antragsteller/in ist weiterhin entsprechend § 4 des Subventionsgesetzes unterrichtet, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind.

### 5 e) Erklärung zur Richtigkeit und Vollständigkeit

Dem/der Antragsteller/in ist bekannt, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Subventionsbetrug (§ 264 StGB) zur Folge haben können. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der im vorliegenden Antrag und in den Anlagen gemachten Angaben wird hiermit versichert. Der/die Antragsteller/in ist verpflichtet, jede Änderung in den gemachten Angaben unverzüglich anzuzeigen.

### 5 f) Erklärung zur elektronische Kommunikation

Der/die Antragsteller/in erteilt für dieses Vorhaben sein/ihr Einverständnis zur einfachen elektronischen Kommunikation via E-Mail (inklusive der Übermittlung von Bescheiden)

Nein	
Ja	
Wenn ja, E-Mail-Adresse angeben:	

## 6. Hinweise zum Datenschutz

### Hinweise zum Datenschutz nach Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Verantwortlich für die Verarbeitung dieser Daten ist das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention, Haidenauplatz 1, 81667 München, [poststelle@stmgp.bayern.de](mailto:poststelle@stmgp.bayern.de). Die Daten werden erhoben, um den Zuwendungsantrag zu bearbeiten. Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten ergibt sich aus Art. 4 Abs. 1 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) in Verbindung mit Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO und Art. 23, 44 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO). Die Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Abwicklung des Zuwendungsverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Dem Antragsteller stehen die Rechte gem. Art. 15 bis 20, 22 und 77 DSGVO sowie das Widerspruchsrecht gem. Art. 21 DSGVO zu. Weitere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage des StMGP unter [https://www.stmgp.bayern.de/service/foerderprogramme/#datenschutzhinweise\\_foerderungen](https://www.stmgp.bayern.de/service/foerderprogramme/#datenschutzhinweise_foerderungen). Alternativ erhalten Sie die Informationen auch von unserem behördlichen Datenschutzbeauftragten, den Sie per E-Mail unter [datenschutzbeauftragter@stmgp.bayern.de](mailto:datenschutzbeauftragter@stmgp.bayern.de) erreichen können.

Zum Zweck der Auszahlung der Zuwendung werden die hierfür erforderlichen Daten an die Staatsoberkasse Bayern übermittelt. Die Mitteilung personenbezogener Daten erfolgt grundsätzlich freiwillig. Unterbleibt eine Bereitstellung personenbezogener Daten, kann jedoch den Antrag möglicherweise nicht bearbeitet und kein Zuwendungsbescheid erlassen werden.

## 7. Ergänzende Angaben

Ergänzende Angaben und Anlagenübersicht (soweit erforderlich, gegebenenfalls auf gesondertem Blatt)

--

Ort, Datum	Unterschrift